

Frank Ettrich
Dietmar Herz (Hrsg.)

Budrich
UniPress



Willy Brandt: Politisches Handeln und Demokratisierung

Schriften der Willy Brandt School of Public Policy
an der Universität Erfurt

Willy Brandt: Politisches Handeln und Demokratisierung

Frank Ettrich
Dietmar Herz (Hrsg.)

Willy Brandt:
Politisches Handeln und
Demokratisierung

Budrich UniPress Ltd.
Opladen • Berlin • Toronto 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2015 Budrich UniPress, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-unipress.de

ISBN 978-3-86388-076-7 (Paperback)
eISBN 978-3-86388-230-3 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – <http://www.lehfeldtgraphic.de>
Titelbildnachweis: Willy Brandt School of Public Policy at the University of Erfurt
Lektorat: Andrea Lassalle, Berlin
Satz: R + S Redaktion und Satz Beate Glaubitz, Leverkusen

Inhaltsverzeichnis

<i>Frank Ettrich und Dietmar Herz</i> Das erste Willy Brandt Symposium – einleitende Bemerkungen	7
<i>Einhart Lorenz</i> Willy Brandt im Exil – Der skandinavische Einfluss auf die Sozialdemokratie	21
<i>Helmut Müssener</i> „Wie Keime und Samen der Freiheit ...“ – Zum deutschsprachigen Exil in Schweden und seiner Publizistik	43
<i>Ursula Langkau-Alex</i> Kommunikation über Grenzen hinweg. Sozialdemokratisch-sozialistisches Exil und Nach-Exil am Beispiel der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und der Gruppe Neu Beginnen (1933-1961)	67
<i>Judith Michel</i> Reaktionen auf Willy Brandts entwicklungspolitische Vorschläge vor dem Hintergrund neoliberaler Strömungen, der Wirtschaftskrise und des Ost-West-Konflikts.....	103
<i>Jan Hansen</i> Globale Risikogemeinschaft? – Frieden und Entwicklung bei Willy Brandt (1977-1985)	131

Ana Mónica Fonseca

Die Nelken brauchen jetzt Wasser! –

The SPD and the Portuguese transition to democracy 157

Antonio Muñoz Sánchez

Wandel durch Annäherung in Spanien –

Willy Brandt und das Franco-Regime (1964-1975) 181

Lazaros Miliopoulos

Die Eigentümlichkeiten des griechischen

Transformationsprozesses (1974 bis heute) und das Problem

ihrer Verkennung 217

Dietmar Herz

Distanzierte Zeitgenossenschaft: meine Jahre mit Willy Brandt 243

Autorenverzeichnis 269

Frank Ettrich und Dietmar Herz

Das erste Willy Brandt Symposium – einleitende Bemerkungen

Willy Brandt dachte „über den Tag hinaus“,
wie eins seiner Bücher heißt, und ich war fasziniert
von der gedanklichen Detailarbeit darin,
von der großen Geduld und seiner Beharrlichkeit.

– Wibke Bruhns¹

Ein weiteres Buch zu und über Willy Brandt? Ja und nein. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Beiträge zum ersten *Willy Brandt Symposium* der gleichnamigen *Professional School of Public Policy* der Universität Erfurt im Sommer 2012. Er verdankt sich nicht dem Anlass des Todestages des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, der sich am 08. Oktober 2012 zum 20sten Mal jährte, auch nicht der Gelegenheit des 100. Geburtstages Willy Brandts am 18. Dezember 2013. Zu keinem Zeitpunkt der Konzipierung und Durchführung einer Reihe von Willy Brandt Symposien war daran gedacht, die inzwischen reichhaltige und ausgefächerte zeithistorisch-biographische Literatur zur „sozialdemokratischen Jahrhundertgestalt“ (Hans-Peter Schwarz) Willy Brandt um weitere Titel zu bereichern oder gar mit forschungsgestützten Projekten wie den „Willy-Brandt-Studien“² der *Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung* zu konkurrieren.

Seit 2009 trägt die *Professional School of Public Policy* der Universität Erfurt den Namen Willy Brandts. Wissenschaftshistorisch lässt sich dies durchaus begründen. Schließlich bedeutete die mit der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt einsetzende Politik staatlicher Reformen auch die „Initialzündung zur Entwicklung der Policy-

1 Wibke Bruhns, *Nachrichtenzeit. Meine unfertigen Erinnerungen*, München 2013, S. 122.

2 Vgl. z.B. Bernd Rother (Hg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011 (Willy-Brandt-Studien, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; 5).

Forschung in der bundesdeutschen Politikwissenschaft³. Aber Namensgebungen wie im Fall der *Willy Brandt School* müssen, sollen sie nicht als willkürlich und anmaßend oder gar als beides zugleich erscheinen, eine programmatische Grundorientierung des Namensträgers erkennen lassen, die nach innen und nach außen identitätsstiftend wirkt. Nun ist die politische Biographie Willy Brandts, die sich zeitlich fast über das gesamte „kurze 20. Jahrhundert“⁴ 1914 bis 1989 und damit das „Zeitalter der Extreme“⁵ erstreckte, von einem Facettenreichtum, der es im Grunde nicht schwer macht, Anknüpfungspunkte für unsere Zeit in der Biographie und der politischen Lebensleistung Willy Brandts ausfindig zu machen. Dies trifft nicht zuletzt auf Erfurt zu: „Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre?“⁶ In seinen „Erinnerungen“, denen das voranstehende Zitat entnommen ist, bezieht sich Brandt auf das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen am 19. März 1970 in Erfurt, mit dem die „Neue Ostpolitik“ in die Phase ihrer Realisierung eintrat. Der in Erfurt (und Kassel) begonnene Dialog brachte zunächst die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, unter anderem durch den Grundlagenvertrag (1972), die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO (1973) und deren Mitunterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975). Der mit dem Namen Brandts verknüpfte, auch nach dem Bonner Machtwechsel zur christlich-liberalen Koalition nach 1982 von den Regierungen Helmut Kohls prinzipiell fortgesetzte „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr) gehört zweifellos zu den Bausteinen, die unter veränderten weltpolitischen und innersowjetischen Bedingungen zum Verständnis der Friedlichen Revolution in der DDR und schließlich der deutsch-deutschen Vereinigung 1989/90 notwendig herangezogen werden müssen. Auch war die Ostpolitik keinesfalls nur Politik für den Osten. Vielmehr bildete sie den außenpolitischen Kern einer gesellschaftlichen Reformpolitik, für die die Formel „mehr Demokratie wagen“ aus Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 bis heute am treffendsten ist. Wie einer der klügsten journalistischen Beobachter der Bundesrepublik und Willy Brandts schreibt:

Wenn es stimmt, dass die Bundesrepublik ihre Identität nur in der Geschichte gewonnen hat, dann bildet die Kontroverse um die Ostpolitik so wie wenigens andere

3 Andreas Anter/Wilhelm Bleek, *Staatskonzepte. Die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft*, Frankfurt a.M. 2013, S. 72.

4 Vgl. allgemein John Lukacs, *The End of the Twentieth Century and the End of the Modern Age*, New York 1993.

5 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

6 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 1990 (Propyläen Sonderausgabe für die DDR), S. 226.

den Kern dieses Prozesses. Derart polarisiert wie in dieser Debatte prallten die Gemüter selten aufeinander, der enorme innenpolitische Widerstand speiste sich aus Motiven, die mit der kollektiven Psyche der Mehrheitsdeutschen und eines Großteils der älteren Generationen zusammenhing. (...) Ein zentrales Motiv (der) Rebellion gegen die alte Bundesrepublik lag der Brandtschen Politik gegenüber Moskau, Warschau, Prag und Ostberlin ja gerade zugrunde, nämlich die moralische Komponente, die sich in dem Satz ausdrückte: „Wir nehmen die Ergebnisse der Geschichte an!“ Dieser eine lapidare Satz begründete letztlich das gesamte komplexe Vertragswerk. Er markierte auch die Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern der Vertragspolitik, denn die Ostpolitik war nicht eine Abkehr von Adenauers Westpolitik, sie war auch nicht nur komplementär dazu gedacht, sie konstituierte die Bundesrepublik in dem Moment neu.⁷

Brandt ist eine zentrale Figur in der identitätsstiftenden historischen Basiserzählung der heutigen Bundesrepublik Deutschland und kann schon lange nicht mehr ausschließlich parteipolitisch verortet werden. Wenn sich *Navid Kermani* in seiner großen Laudatio auf das Grundgesetz während der Feierstunde „65 Jahre Grundgesetz“ des deutschen Bundestages am 23. Mai 2014 ganz selbstverständlich auf Willy Brandt als die zeithistorische politische Verkörperung der konstitutionellen Nachkriegsgeschichte Deutschlands bezieht, so ist dies ein beredter (weiterer) Beleg für diese Behauptung. Aus dem Grundgesetz und dem Verweis auf Brandt lassen sich auch heute noch kritische Potentiale gewinnen, um der Tagespolitik die Leviten zu lesen. Es sei, so Kermani am 23. Mai 2014, die

kosmopolitische Linie deutschen Geistes, die Willy Brandt fortführt – nicht nur mit seinem Kampf gegen den deutschen Nationalismus und für ein vereintes Europa, ebenso in seinem frühen Plädoyer für eine ‚Weltinnenpolitik‘, in seinem Engagement für die Nord-Süd-Kommission und während seines Vorsitzes der Sozialistischen Internationale.⁸

Wir sind aber damit wieder in der zeithistorischen Dimension des Phänomens Willy Brandt, von der man im Jahr seines 100. Geburtstages zweifellos feststellen kann, dass Brandt ungeachtet einer nur knapp fünfjährigen Kanzlerschaft heute neben Konrad Adenauer zu den herausragenden Gründerfiguren der Bundesrepublik Deutschland zu zählen ist. Sicherlich würde das, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in seinem positiven Tenor einhelligere, historische Urteil über den „anderen Deutschen“ Willy Brandt diesen selbst mit mancher

7 Gunter Hofmann, *Abschiede – Anfänge. Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Anatomie*, München 2002, S. 112.

8 Navid Kermani, „Rede von Dr. Navid Kermani zur Feierstunde ‚65 Jahre Grundgesetz‘“ am 23. Mai 2014, abrufbar unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/-/280688 (16.09.2014), S. 3.

der tiefen Verletzungen, die ihm zu Lebzeiten von politischen Gegnern und Freunden angetan wurden, aussöhnen. Aber die Ikonisierung, der Willy Brandt heute unterliegt, hat ihren Preis: Aus dem Zeitgenossen Willy Brandt wird mehr und mehr die historische Figur der „sozialdemokratischen Jahrhundertgestalt“. Immer weniger der heute Lebenden gründen ihr Verhältnis auf generationell oder politisch geteilte Zeitgenossenschaft mit dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 1971.⁹ Grundsätzlicher gefragt: Was hat eine herausragende Figur des 20. Jahrhunderts, das mit der oft konstatierten gesellschaftlichen Beschleunigung unserer Zeit rasant aus Zeitgeschichte zu Geschichte wird, Nachgeborenen zu sagen, die in Brandts Todesjahr Kleinkinder oder noch nicht einmal geboren waren?

Wer heute als 20 bis 25 Jahre alter Studierende/r beliebig einen der Bände der „Berliner Ausgabe“ der Schriften und Dokumente Willy Brandts aufschlägt, ist als Erstes mit dem dünnen Datenskelett einer Politikerkarriere konfrontiert, die sich nicht nur über das ganze 20. Jahrhundert von 1913-1992 erstreckte, sondern in der Vielzahl der Aktivitäten, Ämter und Ehrungen von einer geradezu linearen Erfolgslogik zu sein scheint. Neben einer bilderbuchhaften Aufsteigerbiographie des unehelichen Sohnes aus traditionellem Lübecker Arbeitermilieu zum international geschätzten *elder statesman* der 1970er und 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Diese Fragestellung charakterisiert die Grundkonstellation, in der sich Lehrende und Studierende einer Einrichtung wie der *Willy Brandt School of Public Policy* heute gegenüber sehen. Und dies umso mehr, als die Mehrzahl der Studierenden aus Regionen unserer globalisierten Welt stammen, in der die wechselvolle Geschichte der Entstehung, Demokratisierung und Europäisierung eines deutschen Nationalstaates nicht im Zentrum des historischen Interesses stehen kann.

Es ist die Überzeugung der Herausgeber, dass die Vermittlung von zeit-historisch und historisch kontextuiertem Wissen über die Komplexität, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit politischer Entscheidungsprozesse und historischer Prozessverläufe wenn nicht ein gleichberechtigtes, so doch unverzichtbares Moment der Etablierung und Entwicklung der in Deutschland oftmals als technokratisch bezeichneten Public-Policy-Programme sein sollte. Die Debatte über die normativen, technokratischen und performativen Aspekte politischer Prozesse folgt in Deutschland noch immer eher der Abfolge und Abgrenzung der „Staatskonzepte“ in den „Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft“¹⁰ als den realen Gegebenheiten politischer Entscheidungsprozesse. Und umgekehrt ist der omnipräsente „Public Policy Circle“ in

9 Vgl. den Beitrag von Dietmar Herz in diesem Band.

10 Vgl. allgemein Anter/Bleck, *Staatskonzepte*.

den Public Policy Lehrbüchern nur eine erste Orientierung beim Verständnis realer Entscheidungsprozesse.

Über „keine andere Darstellungsform erschließt sich die Geschichte des 20. Jahrhunderts der Öffentlichkeit verbreiteter als über zeitgenössische und nachzeitige Lebensdarstellungen“, bemerkt Martin Sabrow im Zusammenhang mit dem Beispiel Willy Brandts, nicht ohne zugleich die erstaunliche „Abkoppelung der Biographie von der wissenschaftlichen Geschichts- und Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland“¹¹ zu konstatieren. Dieser Befund trifft freilich keineswegs nur auf die Geschichts- und Zeitgeschichtsschreibung zu. Auch stärker analytisch und systematisch orientierte Handlungswissenschaften, zu denen Politikwissenschaften inklusive der Policy Wissenschaften ebenso gehören wie die Soziologie, müssen sich fragen, was ein *Practice turn* für ihr theoretisches und methodisches Selbstverständnis bedeutet. Diese Frage soll hier nicht weiter verfolgt werden. Sie motiviert aber den Versuch der *Willy Brandt School of Public Policy*, das Beispiel ihres Namensgebers für die Analyse und auch Vermittlung der Entstehungsgründe und -kontexte, Verläufe sowie kurz- und langfristigen Folgen konkreten politischen Handelns zu befragen. Nicht der zeithistorische Aspekt der sich wandelnden Stellung Brandts im kollektiven nationalen und internationalen Gedächtnis steht im Zentrum des vorliegenden Bandes, sondern das Beispiel eines herausragenden Berufspolitikers als Mittel und Medium der Befragung und Analyse politischer Entscheidungs- und Handlungsprozesse in ihrer letztlich unentwirrbaren Komplexität.

Vor dem Hintergrund des thematischen Profils der *Willy Brandt School* der Universität Erfurt standen drei Aspekte des politischen Wirkens und Nachwirkens Brandts im Mittelpunkt der Tagung, auf die der vorliegende Band zurückgeht: Zum einen Brandts Beitrag zur Demokratisierung Südeuropas in den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts. Zum zweiten das späte entwicklungspolitische Engagement Brandts und dessen Fortwirken in der Gegenwart. Schließlich, und dies eher biographisch, die Zeit des skandinavischen Exils Willy Brandts, die eine formative Rolle für die persönlichen und politischen Grundüberzeugungen des späteren deutschen Nachkriegspolitikers Brandt bildete. Der vorliegende Band dokumentiert unter der Überschrift *Politisches Handeln und Demokratisierung* die Beiträge von acht einschlägigen Autoren zu diesen Schwerpunkten der Diskussion. Den Abschluss bildet der Abendvortrag von Dietmar Herz, der – wie bereits angedeutet – als bio-

11 Martin Sabrow, „Biographie und Zeitgeschichte. Das Beispiel Willy Brandt“, in: Bernd Rother (Hg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011 (Willy-Brandt-Studien, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; 5), S. 297-316, hier S. 297; 299.

graphischer Essay über das Problem der Zeitgenossenschaft mit dem Politiker Willy Brandt angelegt ist.

Einhart Lorenz untersucht in seinem Beitrag die Bedeutung des Exils für Willy Brandts menschliche und politische Entwicklung. Er unterscheidet dabei eine erste Phase in den 1930er Jahren, die vom Einfluss der norwegischen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Kultur geprägt ist und eine zweite Phase in den 1940er Jahren, in der die Erfahrungen des doppelten Flüchtlingsdaseins und des internationalen Milieus durch die Aufenthalte in Stockholm und Nürnberg überwiegen. Ausgehend von der internationalen Sonderstellung der norwegischen Arbeiterpartei zwischen den Kriegen schildert Lorenz die Entstehung von Brandts politischer Doppexistenz als Anhänger und Funktionär der norwegischen Arbeiterbewegung einerseits und parallel sein enger Kontakt mit den Freunden aus der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) andererseits. Im Verlauf dieser Entwicklung entfernte sich Brandt weit von den Ausgangspositionen der SAP und trat (Ende der 1930er Jahre) für einen Zusammenschluss der linken Exilgruppen ein.

Auch in Schweden, wo Brandt sich ab 1940 aufhielt, blieb die norwegische Arbeiterbewegung sein stärkster Bezugspunkt, und er entwickelte sich schließlich zu einem international denkenden Politiker, der über politische Überzeugungskraft verfügte und auch persönliche Führungsqualitäten entwickelt hatte.

Mit einem einzigartigen „Vorsprung an Erfahrung“ und einer neuen „interkulturellen Identität“ kehrte Brandt Ende der 1940er Jahre in die junge Bundesrepublik zurück. Auf dem Landesparteitag der SPD im Mai 1949 nannte er Freiheit und Demokratie unverzichtbare Elemente eines demokratischen Sozialismus, den er als Daueraufgabe verstand. Eine sozialdemokratische Reformpolitik nach skandinavischem Vorbild in Deutschland umzusetzen, ist ihm jedoch auch in seiner Zeit als Kanzler nicht gelungen.

Als Abschluss widmet sich Lorenz der Bedeutung von persönlichen Kontakten und der politischen Kultur für den Nachkriegspolitiker Willy Brandt. Seine im Exil entstandenen persönlichen Kontakte mit der politischen Elite Skandinaviens waren ihm in Zeiten des Kalten Krieges als Verbindung zur Sowjetunion ebenso nützlich wie seine im Exil gewonnene Erkenntnis, dass auch in klassengespaltenen Gesellschaften eine Politik des Ausgleichs möglich war, die ein Auseinanderfallen der Gesellschaft verhindern konnte.

Helmut Müssener beleuchtet in seinem Beitrag die publizistische Tätigkeit der deutschsprachigen Exilanten in Schweden, von denen einer Willy Brandt war. Ausgehend von einer Beschreibung der schwierigen Situation, in der sich die Flüchtlinge in Schweden befanden, beschäftigt sich Müssener mit

der geistigen Leistung, die diese im Exil erbrachten. Dabei zählt er ausgewählte Personen auf, die sich von Schweden aus um Wissenschaft, Kunst, Politik und Wirtschaft verdient gemacht haben. Die publizistische Tätigkeit der deutschsprachigen Flüchtlinge ist einer ihrer größten Aktivposten. Die meisten der mehr als 100 Emigranten, die publizistisch tätig waren, schrieben für die Presse der Arbeiterbewegung und hielten die Erinnerung an ein „anderes Deutschland“ wach. Sie versuchten über die Verhältnisse im Dritten Reich aufzuklären, führten die funktionierende schwedische Demokratie als Beispiel für einen Neuaufbau an, schrieben aus „europäischer“ Perspektive oder mit einer neuen Methode der Ideologiekritik und -analyse.

Das letzte größere Kapitel der Publizistik deutscher Flüchtlinge war dann nach 1945 das Bekenntnis zum schwedischen Lebensstil. Allerdings blieben alle publizistischen Erfolge ohne Wirkung, denn sie ließen sich nicht in politische Erfolge verwandeln. Einen kurzen Abschnitt widmet Müssener auch der Wirkung der deutschsprachigen Belletristik im schwedischen Exil. Diese war nicht nur aus sprachlichen Gründen deutlich geringer. Schweden hatte genug eigenen Schriftstellernachwuchs und deutsche Schriftsteller mussten selber für eine Übersetzung sorgen. So waren Exilprobleme wie Außenseitertum, Sprachlosigkeit und die Auseinandersetzung mit dem fremden Land und der fremden Sprache die Hauptthemen. Müssener nennt beispielhaft einige der mehr als 30 Personen, darunter Nelly Sachs und Thomas Theodor Heine.

Abschließend wirft er noch einen Blick auf die Situation der Heimkehrer, zu denen auch Willy Brandt gehörte. Vielen Flüchtlingen wurde nach dem Krieg die Rückkehr erschwert. Das Drittel, das zurückkehrte, brachte wertvolle Erfahrungen aus Schweden mit, das fast durchgängig von allen Heimkehrern als Land der gelebten Demokratie gepriesen wurde, auch wenn ihr Aufnahmeland ihren Aufenthalt mit mindestens gemischten Gefühlen gesehen hatte.

Ursula Langkau-Alex zeichnet den Werdegang von Willy Brandt und Paul Hertz als zwei sozialdemokratischen Politikern, die mit einem ähnlichen Lebensweg nach dem Krieg in Berlin wirkten, nach. Im Mittelpunkt steht dabei die politische Sozialisation seit dem Beginn ihres gemeinsamen Schicksals nach 1933. Brandt verließ Deutschland im April 1933 als Mitglied der SAP und deren Jugendorganisation SJVD Richtung Skandinavien, der 25 Jahre ältere Hertz floh im Mai 1933 als Mitglied des SPD Vorstandes zuerst nach Prag, dann nach Spanien und 1939 in die USA.

Zur Einschätzung der Möglichkeiten, Inhalte und Grenzen der Kommunikation unter den Bedingungen von Exil, Krieg und Nachkriegszeit sowie der Auswirkungen auf die Sozialdemokratie in den ersten 15 Nachkriegsjahren legt Langkau-Alex das Hauptaugenmerk auf die Beziehungen zwischen Per-

sönlichkeiten der beiden sozialdemokratischen Gruppen SAP (Willy Brandt) und Neu Beginnen (Paul Hertz). Dabei unterteilt sie drei Zeitabschnitte und Regionen: 1933 bis 1939/40 Europa, 1940 bis 1944/45 Amerika und Schweden sowie 1945/46 bis 1961 Berlin. In jedem Zeitabschnitt untersucht sie vergleichend die beiden miteinander verflochtenen Problemkreise Krieg und Demokratie. Dabei schildert Langkau-Alex ausführlich die Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der sozialdemokratischen Exilorganisationen in der jeweiligen Phase: Bis 1940 ist das Ziel der Bestrebungen der sich im verstreuten Exil bildenden Gruppierungen den Krieg zu verhindern, danach dreht sich bis 1945 alles darum, den Krieg zu gewinnen. Und nach dem Ende des Krieges konzentrierten sich alle Bemühungen der Zurückgekehrten – Brandt Anfang 1947, Hertz Ende 1949 – auf das Problem der Bewältigung des Krieges. Beide spielten dabei eine wichtige Rolle: Paul Hertz als Lenker der Wirtschafts- und Sozialpolitik West-Berlins ab 1950 bis zu seinem Tod 1961 und Willy Brandt als Regierender Bürgermeister ab 1957.

Judith Michel widmet sich in ihrem Beitrag Willy Brandts Lösungsansätzen für den Nord-Süd-Konflikt. Im Fokus stehen dabei die Schwierigkeiten, mit denen Brandt bei der Umsetzung seiner Vorschläge zu kämpfen hatte. Dazu zählen Faktoren wie die angespannte Lage der Weltpolitik, das neoliberale Denken in wichtigen Industriestaaten oder das (Wieder)Aufflammen des Ost-West-Konfliktes. Michel untersucht, mit welchen Ideen sich Brandt durchsetzen konnte, welche Ideen die Diskussion um eine internationale Entwicklungspolitik beförderten und welche Ideen bis heute nachwirken.

Zuerst nimmt sie die ökonomische Dimension der Entwicklung in den Blick. Dazu stellt sie den von der Nord-Südkommission unter dem Vorsitz Brandts Anfang 1980 veröffentlichten Entwicklungsbericht und die durch ihn hervorgerufenen Reaktionen in den USA und Großbritannien, aber auch bei der Bundesregierung, und den deutschen Parteien dar, ebenso wie den zweiten „Brandt-Bericht“, die multilaterale Zusammenarbeit und den Schuldenerlass. Das Hauptargument des Berichts war die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd und seine zentrale Forderung die Hilfe auf die ärmsten Länder zu konzentrieren. Michel illustriert, wie die als sozialistisch empfundenen Vorschläge zur Neuordnung der globalen Wirtschaftsordnung und die Forderungen nach einem umfangreichen Finanztransfer in den USA stärker als bei der sich rhetorisch zurückhaltenden Thatcher-Regierung auf Skepsis stießen und Detailkritik hervorriefen, während die Reaktion der Bundesregierung dazwischen zu verorten ist, da sie trotz freundlicher Rhetorik wenig substantielle Maßnahmen folgen ließ. Wenn er auch kein konkretes Regierungshandeln auslöste, lenkte der Bericht jedoch das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Entwicklungsproblematik.

Der zweite Bericht, Anfang 1983, legte dann einen Schwerpunkt auf die Lösung der Finanzierungsprobleme und die Reform des Weltwirtschaftssystems. Michel stellt auch hier die Reaktionen der USA, Großbritanniens, der Bundesregierung und der Unionsparteien dar.

Danach beleuchtet sie die politischen Ziele der Entwicklungspolitik aus der Sicht der verschiedenen Akteure. Während die USA Entwicklungshilfe primär als Mittel zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Interessen verstanden, die zum Ziel hatten, den sowjetischen Einfluss in der „Dritten Welt“ zurückzudrängen, also als Sicherheitspolitik, gingen in Deutschland die Meinungen auseinander. Die sozialliberale Regierungskoalition war gegen Entwicklungshilfe als militärische Bündnispolitik, während die Unionspolitiker sich für verstärkte bilaterale Militärhilfe an Freunde und Verbündete aussprachen. Für Willy Brandt bedeutete Entwicklungspolitik vor allem Friedenspolitik, er forderte Entspannung, Ost-West-Kooperation und Abrüstung, und er versuchte, die USA dafür zu gewinnen. Als konkretes Beispiel für die Konflikte, die er dabei als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission und Präsident der Sozialistischen Internationale mit den USA ausfocht, führt Michel die amerikanische Lateinamerikapolitik an.

Abschließend fasst sie die Reichweite und die Grenzen von Willy Brandts entwicklungspolitischen Vorschlägen zusammen und hält dabei fest, dass Brandts Konzept, so inkohärent es war und bei allen Schwachpunkten, trotzdem wichtige Impulse lieferte, die die Diskussion über Entwicklungsfragen bis heute prägen.

In Jan Hansens Beitrag wird ebenfalls die entwicklungspolitische Arbeit Willy Brandts thematisiert. Hansen untersucht diese im Kontext der zu Beginn der 1980er Jahre politischen dominierenden Nachrüstungsfrage, indem er nach Entstehung und Inhalt des Deutungsanspruches fragt.

Für die Darstellung des politischen Umfeldes des politischen Denkens Brandts beginnt der Beitrag mit der Debatte um die nukleare Nachrüstung. Als zweiten Schritt beleuchtet Hansen den Zusammenhang zwischen Brandts Abrüstungsforderung und seinen entwicklungspolitischen Ideen. Dabei legt er besonderen Wert auf die doppelte Einbettung von Brandts Engagement für Abrüstung und Entwicklung in die Friedens- und „Dritte Welt“-Bewegung in der Bundesrepublik, Westeuropa und den USA einerseits und andererseits in die internationale Situation mit den sich verschlechternden Beziehungen zwischen den Supermächten.

Inmitten der von der Nachrüstungsfrage dominierten Diskussionen der 1980er Jahre des vorigen Jahrhunderts plädierte Brandt für eine globale Verantwortungsgesellschaft, für eine Öffnung in Richtung weltgesellschaftlicher Konzepte und eine Abkehr von nationalstaatlicher Souveränität, um das

Überleben der Menschheit angesichts der Risiken und Bedrohungen nuklearer, sozialer und ökonomischer Natur zu ermöglichen.

Ana Mónica Fonseca beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Rolle, die die SPD und die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung vor und während der portugiesischen „Nelkenrevolution“ 1974/75 spielten. Ihre These ist, dass die westdeutsche Sozialdemokratie – die Regierung, die Partei und die Friedrich Ebert Stiftung – bereits seit 1969 gegenüber Portugal eine Politik verfolgte, die auf eine Demokratisierung des Landes abzielte und dass die geleistete organisatorische, politische und internationale Unterstützung – insbesondere für die portugiesischen Sozialisten – der Schlüssel für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses in Portugal war.

Dabei unterscheidet Fonseca zwei Phasen der deutschen Unterstützung: Bis Anfang der 1970er Jahre stand die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur portugiesischen Regierung im Mittelpunkt der Anstrengungen mit dem Ziel, das Land stärker an die europäische Gemeinschaft zu binden. In dieser ersten Phase sind sämtliche Maßnahmen geprägt von der Hoffnung, unter dem neuen Premierminister könnte eine Demokratisierung von innen erreicht werden. Deshalb liefen alle Kontakte zu den portugiesischen Sozialisten über die Friedrich Ebert Stiftung, um die offiziellen Beziehungen nicht zu gefährden.

Erst als sich Anfang der 1970er Jahre abzeichnete, dass eine Reform von innen unrealistisch war, änderte sich auch die Art der Unterstützung aus Deutschland. In der zweiten Phase konnte die SPD viel freier die inzwischen im Pariser Exil befindliche sozialistische Opposition fördern. Fonseca zeigt, wie dann nach dem Sturz des autoritären Regimes im April 1974 die deutsche Hilfe nicht mehr nur über die bisherigen informellen Kanäle erfolgte, sondern auch die sozialliberale Bundesregierung sich direkt einsetzte, sogar auf internationaler Ebene. Die von der SPD entwickelte Strategie des Engagements zur Förderung des portugiesischen Demokratisierungsprozesses sollte nicht nur die politische Stabilität auf der iberischen Halbinsel, sondern in ganz Europa sichern. Wie sich jetzt der Kontakt zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den portugiesischen Sozialisten – vor allem ihrem Anführer Mario Soares – intensivierte und wie die deutsche Sozialdemokratie dabei je nach politischer Notwendigkeit angesichts der Entwicklungen in Portugal, das bis zu den ersten demokratischen Parlamentswahlen im April 1976 sozial und politisch instabil blieb, in ihrer Unterstützung zwischen der nichtstaatlichen und der staatlichen Ebene wechselte, das verdeutlicht Fonseca hier anschaulich.

In ihrer Zusammenfassung stellt Fonseca noch einmal heraus, dass der Kontakt zwischen den portugiesischen Sozialisten und der deutschen Sozial-

demokratie erst nach 1970 Bedeutung erhielt. Im Rahmen der Intensivierung der Beziehungen und beim Entstehen einer starken sozialistischen Opposition übernahm die Friedrich Ebert Stiftung die Rolle des Helfers vor Ort, während die SPD ideologische Orientierungshilfe und moralische sowie politische Unterstützung lieferte, auch durch Treffen mit einflussreichen Politikern wie Willy Brandt.

Antonio Muñoz Sánchez stellt in seinem Beitrag die Beziehungen zwischen Spanien und der SPD für den Zeitraum ab der Mitte der 1960er Jahre dar. Basierend auf jüngsten Forschungsergebnissen, die den bisherigen Darstellungen des Verhältnisses der westlichen Demokratien zur Diktatur unter Franco widersprechen, konzentriert er sich auf die von den deutschen Sozialdemokraten eingenommene Haltung gegenüber der spanischer Diktatur. Er vertritt dabei die These, dass die SPD unter dem direkten Einfluss Willy Brandts eine politische Strategie verfolgte, die von der Ostpolitik inspiriert war. In einem ersten Schritt analysiert Muñoz Sánchez, warum die SPD Mitte der 1960er Jahre die Haltung der konservativen deutschen Regierung übernahm und somit die Verteidigung von Spaniens Position in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Maßstab der deutsch-spanischen Beziehungen nahm. Im zweiten Schritt stellt er dann die Umsetzung dieser Politik zu Zeiten der Großen Koalition und später der Ära Brandt dar. Dabei legt er besonderes Augenmerk auf die Gegenargumente innerhalb der deutschen, spanischen und europäischen Linken. Zum Abschluss illustriert Muñoz Sánchez, wie die deutsche Regierung aus Angst vor dem möglichen Einfluss der portugiesischen Nelkenrevolution auf die Selbstauflösung der spanischen Diktatur begann, die demokratische Opposition zu unterstützen.

Im letzten Beitrag des Sammelbands widmet sich Lazaros Miliopoulos Griechenlands *metapolítefsi* ab Mitte der 1970er Jahre. *Metapolítefsi* bedeutet „politische Ordnung“ oder „Regimewechsel“ und war der Kompromissbegriff, auf den sich Linke und Rechte nach dem Ende der Militärjunta 1974 einigen konnten. Fortan war der Begriff bis zur jüngsten Finanzkrise immer positiv besetzt. Inzwischen wird der Ruf nach einer neuen, einer „zweiten *metapolítefsi*“ auf allen Seiten immer lauter.

Miliopoulos stellt sich der Frage, wie der griechische Transformationsprozess nach 1974 so grundsätzlich fehlerhaft verlaufen konnte. Vorab geht er jedoch den Einwänden nach, die die jüngste Krise als „hausgemacht“ einstufen.

In seiner Analyse bettet Miliopoulos die Besonderheiten der Transformation in Griechenland in einen historischen Kontext. Er sucht nach Gründen im Umwandlungsprozess selbst, die erklären könnten, warum das System in

eine tiefgreifende Krise geraten konnte. In diesem Zusammenhang prüft er auch, ob die Berücksichtigung von Willy Brandts Erfahrungen mit der griechischen Entwicklung bei der Suche nach Gründen für diese Fehlentwicklung der Demokratisierung hilfreich ist. Brandt war für etliche Vertreter des griechischen Widerstands während der Militärdiktatur ein großes Vorbild.

Als *Keynote Address* des Symposiums war die Rede eines Zeitgenossen Willy Brandts vorgesehen. Ein Zeitgenosse, nicht aus der Reihe der noch lebenden politischen Weggefährten Brandts, sondern jemand, der Brandt persönlich kannte, ihn vielleicht in der einen oder anderen Sache beriet, ohne selbst Person der Zeitgeschichte geworden zu sein. Diesem Anliegen und dem Zweck der Konferenz folgend, suchten wir daher zunächst eine Persönlichkeit aus dem Bereich der Wissenschaft oder Literatur. Beiden Feldern menschlicher Erkenntnis stand Willy Brandt offen gegenüber – wie es vor ihm und seither kein Kanzler oder Kanzlerin waren. Schließlich gilt Brandt als ein Literat aus eigenem Recht; und auch als Historiker, viele seiner Arbeiten, auch die autobiographischen, sind Geschichtsschreibung.

Der schließlich gefundene Redner schien diesen Anforderungen aufs höchste zu entsprechen. Wir freuten uns auf seinen Beitrag. Eine Reihe von Umständen und eine genaue Lektüre der jüngsten Arbeiten des in Aussicht genommenen Redners führten jedoch schließlich dazu, auf die Mitwirkung dieses Gastredners zu verzichten.

Einer abschließenden Rede bedurfte es dennoch. So kam es, dass einer der beiden wissenschaftlichen Leiter des Symposiums die Abschlussrede zu halten hatte – kein Zeitgenosse im eigentlichen Sinn des Wortes; vielleicht sind die autobiographischen Bemerkungen und Überlegungen aber dennoch für den Leser von Interesse. Dem Text, der keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt, ist die Form des mündlichen Vortrags anzumerken – Änderungen wurden nur durch Hinzufügen von Fußnoten vorgenommen.

Zum Abschluss dieser Einleitung ist es uns ein Anliegen, allen, die das Zustandekommen des ersten *Willy Brandt Symposiums* und der vorliegenden Publikation ermöglichten, herzlich zu danken. Das gilt insbesondere und an erster Stelle für die Haniel Stiftung und ihren Geschäftsführer Dr. Antes, und die Gerda Henkel Stiftung. Das gilt für zahlreiche KollegInnen der *Willy Brandt School* der Universität Erfurt, insbesondere für Silke Adamitzka und Franziska Diller. Ohne das akribische Lektorat und die inhaltliche Unterstützung von Julie Boekhoff wäre der vorliegende Band nicht zustande gekommen. Dafür gilt ihr unser besonderer Dank.

Literatur

- Anter, Andreas/Bleek, Wilhelm, *Staatskonzepte. Die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft*, Frankfurt a.M. 2013.
- Brandt, Willy, *Erinnerungen*, Frankfurt a.M. 1990 (Propyläen Sonderausgabe für die DDR).
- Faulenbach, Bernd, *Willy Brandt*, München 2013.
- Grebing, Helga, *Willy Brandt. Der andere Deutsche*, München 2008.
- Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.
- Hofmann, Gunter, *Abschiede – Anfänge. Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Anatomie*, München 2002.
- Kermani, Navid, „Rede von Dr. Navid Kermani zur Feierstunde ‚65 Jahre Grundgesetz‘“ am 23. Mai 2014, abrufbar unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/-/280688 (16.09.2014).
- Lorenz, Einhart, *Willy Brandt. Deutscher – Europäer – Weltbürger*, Stuttgart 2012.
- Lukacs, John, *The End of the Twentieth Century and the End of the Modern Age*, New York 1993.
- Merseburger, Peter, *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002.
- Miard-Delacroix, H el ene, *Willy Brandt*, Paris 2013.
- Noack, Hans-Joachim, *Willy Brandt. Ein Leben, ein Jahrhundert*, Berlin 2013.
- Sabrow, Martin, „Biographie und Zeitgeschichte. Das Beispiel Willy Brandt“, in: Bernd Rother (Hg.), *Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse*, Bonn 2011 (Willy-Brandt-Studien, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; 5), S. 297-316.
- Schöllgen, Gregor, *Willy Brandt. Die Biographie*, Berlin/München 2001.
- Seebacher, Brigitte, *Willy Brandt*, München 2004.

Einhart Lorenz

Willy Brandt im Exil – Der skandinavische Einfluss auf die Sozialdemokratie

Ausgangspunkt

Willy Brandt wurde in der konstitutiven und sehr intensiven Lebensphase der Jahre 1933 bis 1940 von der norwegischen Arbeiterbewegung und der politischen Kultur des Landes beeinflusst, aber nicht nur von ihr. In seine Lernprozesse flossen auch seine Reflexionen über die Spaltung und Machtlosigkeit der deutschen Arbeiterbewegung ein sowie die Erfahrungen des illegalen Aufenthalts in Berlin, des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des „Ausgießen von Dreckkübeln“ über die westeuropäische und norwegische Arbeiterbewegung durch die Komintern¹, außerdem das Scheitern der Volksfront in Frankreich und der deutschen Volksfrontversuche, das Versagen der Westmächte in Spanien, Äthiopien und München, die zerstörerischen Querelen der Emigranten. Nicht vergessen werden darf auch, dass er selbst in den ersten sieben „norwegischen“ Jahren (1933-1940) fast ein ganzes Jahr im Ausland war: im „Dritten Reich“, in Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Belgien, England, Dänemark, Schweden, der Tschechoslowakei und kurz auch in Polen.

In der nächsten Phase des Exils (1940-1945/47) kamen die Erfahrungen des doppelten Flüchtlingsdaseins und des internationalen Milieus unter anderem in Stockholm und Nürnberg hinzu. Wenn wir uns mit skandinavischen Einflüssen auf die (deutsche) Sozialdemokratie beschäftigen, darf – das sei hier einleitend erwähnt – ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden, dass Brandt nicht der einzige Nachkriegspolitiker mit nordeuropäischen Exilerfahrungen war. Wie sich *das* in der deutschen Sozialdemokratie niederschlug, ist – abgesehen von wenigen Ausnahmen – so gut wie nicht untersucht.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die kurz-, mittel- und langfristige Bedeutung der formativen Exiljahre für den Menschen und Politiker Brandt. Denn es scheint sinnvoller, der Forderung der Exilforschung nachzugehen

1 Willy Brandt, *Hitler ist nicht Deutschland*, Bonn 2002 (= Berliner Ausgabe [i. F.: BA], Bd. 1), S. 234.

und die Veränderungen im Selbstverständnis der exilierten Politiker zu untersuchen und stärker die Wirkungen zu beachten, die aus dem direkten Kontakt zu anderen Kulturen entstehen, in unserem Falle: der politischen Kulturen, als nur nach programmatischen „Einflüssen“ der skandinavischen Sozialdemokratien auf die deutsche Arbeiterbewegung zu suchen.

Hintergrund der norwegischen Arbeiterbewegung

Um zu verstehen, warum Brandt als Emissär in ein für die deutschsprachige Emigration peripheres Land wie Norwegen geschickt wurde, muss auf die internationale Sonderstellung der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) in der Zwischenkriegszeit eingegangen werden, denn es führt nicht weit, undifferenziert von *der* skandinavischen Sozialdemokratie auszugehen. Die 1887 gegründete DNA hatte sich zunächst, wie auch die schwedische Sozialdemokratie, mit der Übernahme des Gothaer und Erfurter Programms der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und zum Teil mit deutschen Lehrmeistern auf den gewöhnlichen sozialdemokratischen Pfaden bewegt. Hier gab es deutliche Parallelen zur Entwicklung in Dänemark und Schweden, die ebenfalls von der SPD „lernten“. In der Zeit vor dem industriellen *take off*, also vor 1905, war die SPD das Vorbild, ihre Erfolge und ihr Wachstum faszinierten. Ob von einer ernsthaften Rezeption sozialistischer und marxistischer Theorien gesprochen werden kann, ist dagegen höchst fraglich. Programmatische Dokumente hatten mehr Symbolwert und waren kaum direkte Handlungsanweisungen.² Eine Alternative Marx oder Lassalle war in Norwegen irrelevant, eher war die Rede von Marx *und* Lassalle. Ob die Ideen, die übernommen wurden, von dem einen oder dem anderen stammten, war von minimaler Bedeutung. Große europäische Debatten wie die Revisionismus-Debatte und die Ministersozialismus-Debatte wurden nur am Rande, bzw. etwas später, im Falle der Massenstreik-Debatte, nur vom Jugendverband wahrgenommen.

1918 eroberte die linke Opposition, die häufig nur mit Martin Tranmæl, der zentralen Gestalt der norwegischen Arbeiterbewegung, verbunden wird und auf Grund von dessen kurzen Kontakten mit Industrial Worker's of the World in den USA vorschleunigt als syndikalistisch bezeichnet worden ist, die Partei. Die „neue Richtung“ setzte sich organisatorisch aus der „Gewerkschaftsopposition von 1911“, dem linken Parteiflügel und dem Jugendverband zusammen. Spätestens von diesem Zeitpunkt ist es nicht mehr möglich,

2 Einar Terjesen, „Marxismen og det norske sosialdemokratiet 1884-1910“, in: *Vardøger* 14 (1984), S. 119-159.

von *der* skandinavischen Arbeiterbewegung zu sprechen. Entscheidende Faktoren für die norwegische Sonderentwicklung³ waren die schnelle und plötzliche Industrialisierung des Landes nach 1905 und der dadurch bedingte abrupte Aufbruch aus agraren Traditionen, die eine Arbeiterschaft mit „Normlosigkeit“ und ohne Klassentraditionen schufen.⁴ Augenfälligster Ausdruck des „Sonderweges“ waren ihre Bekenntnisse zum Räteystem, zur Diktatur des Proletariats sowie die Mitgliedschaft der Partei in der Kommunistischen Internationale (KI) ab Juni 1919.⁵ Damit kam es zur ersten Spaltung der DNA und zum Abbruch der Beziehungen zu den sozialdemokratischen Bruderparteien, nachdem die SPD schon bei Kriegsausbruch ihre Rolle als richtungsweisendes Vorbild der Arbeiterparteien Norwegens, Schwedens und Dänemarks verloren hatte. Die traditionellen internationalen Verbindungen wurden fortan von der Minderheit – Norwegens sozialdemokratischer Arbeiterpartei – wahrgenommen. Die norwegische Gewerkschaftsbewegung schlug ebenfalls einen Sonderweg ein. Der Gewerkschaftsbund trat 1923 aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund aus und arbeitete auf freier Grundlage mit der kommunistischen Roten Gewerkschafts-Internationale zusammen, zahlreiche Einzelgewerkschaften schlossen Freundschafts- und Partnerschaftsverträge mit den entsprechenden sowjetischen Verbänden.⁶

Nach der Verabschiedung der 21 Aufnahmebedingungen der KI wurde die DNA schnell zum Problemfall. Nach einer Reihe von Konflikten verließ sie im November 1923 die KI, wobei die Intellektuellengruppe *Mot Dag* eine aktive Rolle spielte. Der Kominternflügel, der bei der Spaltung *rechts* von der DNA-Mehrheit stand, bildete Norwegens kommunistische Partei, die innerhalb weniger Jahre zur Quantité négligeable wurde.

Nach dem Bruch behielt die DNA jedoch ihre solidarische Haltung gegenüber der Russischen Revolution und verstand sich weiter als kommunistische Partei, die eine Rückkehr in eine verbesserte KI anstrebte, doch unterstrich sie die unterschiedlichen Voraussetzungen in West- und Ost-

3 Dazu Edvard Bull, „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern 1914-1920“, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* 10 (1922), S. 329-361.

4 Jorunn Bjørgum, „Fagopposisjon av 1911“, in: *Tidsskrift for arbeiderbevegelsens historie* 1 (1976), S. 63-131; dies., *Martin Tranmæl og radikaliseringen av norsk arbeiderbevegelse 1906-1918*, Oslo 1996.

5 Vertiefend zur Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale: Einhart Lorenz, *Norwegische Arbeiterbewegung und Kommunistische Internationale 1919-1930. Untersuchung zur Politik der norwegischen Sektion der Kommunistischen Internationale*, Oslo 1978.

6 Dazu Einhart Lorenz, „Brückenbau und Partnerschaftsverträge. Norwegisch-sowjetische Gewerkschaftsrelationen in der Zwischenkriegsperiode“, in: John Hiden/Aleksander Loit (eds.), *Contact or Isolation? Soviet-Western Relations in the Interwar Period*, Stockholm 1991, S. 271-292.

Europa und forderte Reformen. Als das von der KI blockiert wurde, begann ab Herbst 1924 die Suche nach internationalen linkssozialistischen Partnern mit dem Ziel einer Sammlung und nicht einer weiteren Spaltung der Arbeiterbewegung, die durch die Gründung einer neuen Internationale nur vertieft werden würde. Die in ihren Augen interessantesten potentiellen Partner traten jedoch bald zur Sozialdemokratie über.⁷

Das starke Einheitsdenken in der norwegischen Arbeiterbewegung, das sich schon unmittelbar während des Spaltungsprozesses bemerkbar gemacht hatte, führte im Januar 1927 zur Vereinigung von DNA und Sozialdemokraten. Entgegen den Erwartungen der Sozialdemokraten und ihrer Internationale (SAI) kam es jedoch nicht zu einer Rückkehr in deren Internationale, sondern zu einer neuen Radikalisierung. Nach dem Wahlsieg im Herbst 1927 (37,1 Prozent, statt 18,4 bzw. 8,8 Prozent für DNA und NSA im Jahre 1924) bildete die Partei erstmals die Regierung, die nach nur zweiwöchiger Amtszeit durch einen Wink der Zentralbank⁸ gestürzt wurde. Der Historiker und stellvertretende Vorsitzende der Partei und zugleich ihr bedeutendster Theoretiker, Edvard Bull, sprach darauf abfällig über die „sogenannte Demokratie“, die nichts anderes sei als „eine alte abergläubische Phrase aus dem 19. Jahrhundert“. Die Folge war eine Abkehr vom Programmkompromiss mit den Sozialdemokraten und eine neue Radikalisierung. Bull fürchtete, die Partei könne sich von einer „Klassenpartei“ zur „Volkspartei“ pervertieren, betonte den Aspekt des Klassenkampfes und unterstrich die Bedeutung außerparlamentarischer Kampfmittel.⁹ International orientierte sich die DNA ab 1930 wieder in Richtung linker Splittergruppen, die sich auf Initiative der Independent Labour Party in der Internationalen Arbeitsgemeinschaft unabhängiger linkssozialistischer Parteien (IAG), dem sogenannten „Londoner Büro“, zusammen gefunden hatten und eine Erneuerung der SAI anstrebten.¹⁰ Hier wurde die DNA „Schwesterpartei“ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)¹¹, deren Mitglied auch Willy Brandt war.

7 Einhart Lorenz, *Norwegische Arbeiterbewegung und Kommunistische Internationale 1919-1930*, Oslo 1978, S. 182-188.

8 Lorenz, *Norwegische Arbeiterbewegung*, S. 259-262.

9 So Edvard Bull in: *Protokoll over forhandlingene på Det norske Arbeiderpartis 28. ordinære landsmøte i Oslo 14-16 mars 1930*, Oslo 1930, S. 45; 43.

10 Siehe dazu vertiefend Willy Buschak, *Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit*, Amsterdam 1985 (Sozialhistorische Quellen und Studien; 1).

11 Siehe zur Geschichte der SAP, wenn auch durch die Entdeckung des Parteiarchives für die Exiljahre überholt: Hanno Drechsler, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik*, Meisenheim am Glan 1965, und Jörg Bremer, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil*, Frankfurt a.M./New York 1978.

Politisch-ideologisch verringerten sich jedoch zusehends die Schnittmengen von DNA und SAP. Während sich die IAG nach „links“ entwickelte und im Mai 1932 die Gründung einer neuen kommunistischen Internationale zwischen der sozialdemokratischen und der Moskauer-kommunistischen, aber ohne deren Degenerationen, forderte und die SAP-Führung das Ziel einer neuen Internationale unterstützte, war die DNA bestrebt – soweit sie sich überhaupt in der IAG engagierte – harmonisierend zu wirken und die Umwandlung der IAG in eine Internationale zu verhindern. Dennoch blieb die DNA wegen ihres „Kerns an proletarischen und revolutionären Mitgliedern“ heiß umworben. Die Zwerge in der IAG führten umfassende Debatten über den Charakter des Riesen DNA und des „Tranmæliismus“. Nicht nur der Leiter der SAP-Auslandszentrale in Paris, Jacob Walcher, und Max Köhler von der illegalen SAP-Reichsleitung in Berlin kamen im Sommer 1933 nach Oslo, um die Gunst der Arbeiterpartei und die der *Mot Dag*-Gruppe zu erwerben, die 1925 aus der DNA ausgeschlossen worden war und international mit der IVKO (Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition) kooperierte. Auch Heinrich Brandler und August Thalheimer von der KPO (Kommunistische Partei [Deutschlands] Opposition), Trotzki und Mitglieder der Gruppe Neu Beginnen interessierten sich für die norwegische Partei, und Trotzki und Walcher diskutierten, wie der revolutionäre Kern der DNA „erobert“ werden konnte.

Brandts Auftrag

Brandts Kenntnisse in Norwegen beschränkten sich auf Weniges. Er musste sich in einem neuen Land zurechtfinden, das zwar Ähnlichkeiten mit Deutschland aufwies (extrem hohe Arbeitslosigkeit, staatliche Angriffe und Vorschläge, die Arbeiterpartei zu verbieten), dessen Arbeiterbewegung und politische Kultur und Denkweise dennoch ganz anders waren als in Deutschland. Eine bürgerliche Wählermobilisierung hatte im Herbst 1930 zu einer schmerzhaften Wahlniederlage der DNA geführt. Als Brandt am 7. April 1933 in Oslo eintraf, befand sich die Partei in einer Umbruchperiode und war im Begriff, sich neu zu orientieren. Rhetorisch war sie radikal und bekannte sich im Programm zum Marxismus, doch in der praktischen Politik wurde sie pragmatischer. Der Theoretiker Bull war tot und seine Ansichten galten nicht mehr. Nun war die Partei vom Willen zur Regierungsmacht geprägt und wollte nicht auf den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft warten. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, die die Streikwaffe stumpf machte, eines immer aggressiveren Bürgertums und einer präfa-

schistischen Bauernpartei in der Regierung entwickelte sie eine Krisenpolitik, die sich an den Interessen und Nöten des „arbeitenden Volkes“, an Industrie-, Wald- und Landarbeitern, Fischern, Kleinbauern, Angestellten orientierte und dort Anklang fand.

Willy Brandt kam nicht als Flüchtling oder Emigrant nach Oslo, sondern mit einem Parteauftrag. Er sollte eine Außenstelle für die SAP aufbauen, finanzielle Unterstützung für die illegale Arbeit seiner Partei einwerben,¹² aber vor allem der DNA die Lehren aus der deutschen Niederlage vermitteln, denn diese wurde nicht nur als eine deutsche Angelegenheit betrachtet, sondern auch als „ein ungeheurer Schlag für das internationale Proletariat“. Es galt, die DNA von einem – in den Augen der SAP – verhängnisvollen Kurs abzubringen und sie dabei auch für die internationalen Ziele der SAP zu „erobern“, nämlich die IAG zu einer neuen „wirklich kommunistischen“ Internationale zu entwickeln.¹³ Damit waren Konflikte vorprogrammiert.

Nachdem Brandts erster Bericht über den DNA-Parteitag 1933, auf dem der neue Kurs abgesegnet und Tranmæl den Übergang der Partei von der „Agitationspartei“ zur „Aktionspartei“ erklärt hatte, überraschend positiv ausgefallen war, wuchs bald seine Skepsis und er gewann zudem den Eindruck, dass die DNA „nicht so recht“ an die SAP glaubte.¹⁴ Ein Norwegen-Besuch Jacob Walchers im Juli 1933 wurde zum Wendepunkt, denn er intensivierte Brandts Kontakte mit der Gruppe *Mot Dag*. Fortan betrachtete Brandt die Entwicklung der DNA als „reformistisch“ und „sozialdemokratisch“. „Sozialdemokratie“ maß er an der SPD und deren Politik seit 1918/19, die nach seiner Ansicht „den Weg für den Triumph des Faschismus vorbereitet“ hatte.¹⁵ Vor den Parlamentswahlen im Herbst 1933 waren die Alternativen einfach für ihn. Im Falle eines Wahlsiegs der DNA rechnete er mit folgenden Möglichkeiten: Entweder könne sie wie die dänische und die schwedische Sozialdemokratie regieren, was für ihn bedeutete, auf eine Katastrophe zuzusteuern, oder aber das Parlament „nach Hause zu schicken und damit den Kampf um die Macht zu eröffnen.“¹⁶ Nichts

12 Die SAP-Führung nahm an, dass eine Partei wie die DNA mit ihren 95.000 Mitgliedern finanziell eine „Milchkuh“ werden könnte (Willy Brandt im Gespräch mit Einhart Lorenz, 08.11.1984) und hatte völlig realitätsferne Erwartungen; siehe dazu Brief Walcher an NAP/AFL, 28.07.1933, *Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek Oslo* (i. F.: Arbark), SAP-Archiv, Mappe 218).

13 Vertiefend zu Brandts Exiljahren in Norwegen: Einhart Lorenz, *Willy Brandt in Norwegen. Die Jahres des Exils*, Kiel 1989; ders., Einleitungen zu BA, Bd. 1; ders., *Willy Brandt. Deutscher – Europäer – Weltbürger*, Stuttgart 2012. Zitat aus BA, Bd. 1, S. 154f.

14 Skandinavien-Korrespondenz, 30.05.1933; *Informationen aus Politik und Wirtschaft*, Nr. 11, 13.06.1933 (beide in *Arbark*); Brief Brandts an Walcher, 06.06.1933, *Arbark*, SAP-Archiv, Mappe 208.

15 BA, Bd. 1, S. 166.

16 BA, Bd. 1, S. 200.

davon geschah. Die DNA erhielt über 40 Prozent der Stimmen bei den Wahlen im Oktober 1933, blieb in der Opposition und hielt sich an die Spielregeln der Demokratie. Mit dem Ziel einer „Eroberung“ der DNA begann Brandt nun Ende November im Geheimen mit *Mot Dag* und oppositionellen Mitgliedern des Jugendverbandes der Partei, „sehr vorsichtig [...] und mit allen Regeln illegaler Tätigkeit“ einen konspirativen Ausschuss zu gründen, der die Arbeit gegen die DNA-Führung koordinieren und systematisch für den Zeitpunkt einen Apparat aufbauen sollte, „wo man offiziell mit der DNA fertig war“.¹⁷ Die Partei war für Brandt zu diesem Zeitpunkt „typisch rechtszentristisch“, die eine „revolutionäre Politik hemmt“, hatte aber „wirklich revolutionäre Proletarier“ als Mitglieder.¹⁸ Im Frühjahr 1934 steigerte er sich in seiner Charakterisierung der norwegischen Partei in Schlagworten, Phrasen und Übertreibungen hinein, die sich nicht von der Niveaulosigkeit der Kommunisten der „dritten Periode“ unterschieden.¹⁹ Brandt war aber auf Grund konkreter Erfahrungen von einem Doppeldenken geprägt: In der SAP-Zeitung „Neue Front“ sah er als Alternativen eine faschistische oder proletarische Diktatur, während er auf Sitzungen in Paris erklärte, dass man in Norwegen „nicht nur sagen [könne], wir müssen Revolution machen, sondern wir müssen mit einem wirklichen Aktionsplan kommen“ und deshalb für ein „konkretes revolutionäres Aktionsprogramm“ eintrat, dass „eff[ektive] Hilfe für die verelendeten Massen“, ein „Moratorium für die Kleinbauern u[nd] Fischer“ und die „Aufhebung der reakt[ionären] Blockadegesetze“ forderte.²⁰ Damit befand er sich im Widerspruch zu Walcher, der in dieser Position eine Stärkung der DNA sah, statt den „Kampf um die Macht“ zu eröffnen – für Brandt war das „eine bedenkliche Tendenz“.

Lernprozesse

Norwegen begann also, Spuren bei Brandt zu hinterlassen. Als er ein knappes Jahr später, im Februar 1935, erneut in Paris an Sitzungen der Auslandszentrale der SAP teilnahm, dort den Krisenplan der DNA verteidigte und erklärte, man könne „einen Berg nicht besteigen, indem man einfach auf den Gipfel

17 Dazu: Vertraulicher Bericht an die Zentrale Auslandsstelle. Betr.: Oppositionsarbeit in Norwegen [02.02.1934], *Arbark*, SAP-Archiv, Mappe 209, sowie *BA*, Bd. 1, S. 207. Später hat er seinen Eifer damit zu erklären versucht, dass er von seinen Parteioberen in Paris „aufgehetzt“ worden sei (Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt a.M./Zürich 1989, S. 99).

18 *BA*, Bd. 1, S. 196f.

19 Dazu Lorenz, *Willy Brandt in Norwegen*, S. 94ff.

20 „Norwegen. Der Kurs der Arbeiterpartei“, in: *Die Neue Front [Organ der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands]*, Jg. 2, Nr. 5, Ende März 1934, S. 4; Protokoll der [SAP-] Konferenz vom 04. bis 09.03.1934 in Paris, S. 70f., *Arbark*, SAP-Archiv, Mappe 2.